Pressespiegel
>>> FAZ, 06.02.2023

Für mehr Vergleichbarkeit

Streit über die künftige gymnasiale Oberstufe

oll. BERLIN. Über die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe und des Abiturs gibt es Streit zwischen verschiedenen Lehrerverbänden. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Numerus clausus in Medizin ist die Kultusministerkonferenz (KMK) gezwungen, für mehr Vergleichbarkeit beim Abitur zu sorgen. Konkret ist eine Überarbeitung der Oberstufenvereinbarung nötig. Mitte März will die KMK entscheiden. In dieser Woche werden die Amtschefs wieder dazu tagen. In einer „Potsdamer Erklärung" schlug am Freitag ein Bündnis verschiedener Organisationen von Schulpraktikern sowie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) eine flexibilisierte Oberstufe mit veränderten Prüfungsformaten vor. Nach ihrem Willen sollen auch Kolloquien, E-Portfolios, Multimediapräsentationen oder Forschungsberichte fachbezogen oder überfachlich, allein oder gemeinsam mit Mitschülern erbracht werden können. Entsprechende Formate sollten während der Einführungs- und Qualifikationsphase sowie in der Prüfung selbst festgelegt und abgesichert werden.

Die Schulpraktiker fordern mehr individuelle Bildungswege, sprechen sich für die Möglichkeit einer Schulzeitstreckung oder Verkürzung sowohl in der Einführungs- als auch in der Qualifikationsphase zum Abitur aus. Sie fordern die Anerkennung außerschulisch erbrachter Leistungen nach klaren Kriterien (zertifizierte Fremd- und Herkunftssprachen, Frühstudium, digitale Angebote internationaler Universitäten), die Wiederholbarkeit einzelner Kurse sowie die Möglichkeit, die Prüfungsleistungen als additives Abitur aufzuteilen. Erreicht werden soll so angeblich mehr Bildungsgerechtigkeit. Zu den Kernforderungen gehört auch eine sogenannte Innovationsklausel, um rasch auf den Wandel von Gesellschaft, Arbeitswelt und Digitalisierung reagieren zu können. Die Innovationsklausel müsse deutlich über den Schulversuch hinausgehen, weil damit immer nur einzelne Modellschulen Freiheiten haben. Nur so sei ein „Wettbewerb der besten Ideen zur Gestaltung der Schule der Zukunft" möglich, heißt es in der Erklärung.

Der Schulausschuss der KMK arbeitet daran, eine genaue Zahl verpflichtend zu belegender und in der Gesamtqualifikation einzubringender Fächer samt Gewichtung festzulegen. Der Deutsche Philologenverband, der das Vorhaben, für mehr Vergleichbarkeit zu sorgen, ausdrücklich unterstützt, will vor allem für eine vertiefte Allgemeinbildung, Studierfähigkeit und Wissenschaftspropädeutik sorgen. Er fordert zwei bis drei Leistungskurse oder Kurse auf erhöhtem Anspruchsniveau, die Einbringung von 36 bis 40 Kursen (bisher sind es 32-40) und eine Wertung der Klausuren von 50 Prozent bei den Halbjahreszeugnissen. Grundkurse sollten in der Regel dreistündig unterrichtet werden. Die Studierfähigkeit in Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen soll besser gesichert und deshalb eine schlechtere Bewertung als fünf Punkte für diese Kurse ausgeschlossen werden. Außerdem sollten Ungleichheiten zwischen allgemeinen und beruflichen Gymnasien reduziert, am besten abgeschafft werden.

Die Abiturprüfung soll nach den Vorstellungen des Philologenverbandes aus landes- und bundeszentralen Aufgaben gestaltet sein; bisher war es auch möglich, dass nur Landesaufgaben gewählt wurden. Der Verband spricht sich nun dafür aus, dass mindestens die Hälfte der Aufgaben aus dem Pool des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) stammen. Auch will er die Gesamtprüfungszeit in schriftlichen Fächern sowie die Mindest- und Maximalprüfungszeit festlegen. Die Forderungen stehen in scharfem Gegensatz zur „Potsdamer Erklärung", dürften aber eher dem Arbeitsauftrag des Schulausschusses entsprechen.

Pressespiegel
>>> FAZ, 08.02.2023

Kultusminister verteidigen Einserabiture

Erheblich mehr sehr gute Abschlüsse in den Corona-Jahren 2021 und 2022

oll. BERLIN. Die coronabedingten Erleichterungen der Abiturprüfungen in den Jahren 2021 und 2022 haben zu einer Vervielfachung der Einserabiture geführt. Lag der Anteil der Abiture mit 1,0 in Hessen im Jahr 2013 noch bei 1,6 Prozent, stieg er in den beiden Corona-Jahren 2021 und 2022 auf 4,2 und 4,5 Prozent. Auch in Sachsen vervielfachte sich der relativ geringe Anteil der 1,0-Abiture von 1,2 Prozent im Jahr 2013 auf 4,2 Prozent im Jahr 2022. In Hamburg, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Bayern war nur ein moderater Anstieg der Einserabiture zu verzeichnen. Deutschlandweit lag der Anteil der Abiture mit 1,0 im Jahr 2013 bei 1,4 Prozent, im Jahre 2022 waren es 3,4 Prozent.

Während der pandemiebedingten Einschränkungen des Präsenzunterrichts hatten die Länder die Anforderungen an die Abiturprüfungen gesenkt und mehr Zeit für die Bearbeitung der Aufgaben gewährt, die Anteile der mündlichen Prüfungen erhöht und den Prüflingen eine größere Wahl bei den Prüfungsaufgaben des schriftlichen Abiturs gelassen. Auch in der sogenannten Qualifikationsphase für das Abitur (Klassen 11 und 12) gab es Erleichterungen für die Oberstufenschüler, die insgesamt bevorzugt behandelt wurden, weil ihnen Präsenzunterricht ermöglicht wurde.

Sachsens Kultusminister Christian Piwarz (CDU) sagte der F.A.Z., leistungsstarke Abiturienten seien mit der häuslichen Lernzeit in der Pandemie gut zurechtgekommen und besitzen ein gutes Selbstmanagement. In Sachsen haben die Prüflinge 30 Minuten mehr Zeit für die schriftlichen Prüfungen gehabt, außerdem haben die Zweitkorrekturen an derselben Schule stattgefunden (normalerweise finden sie an einer anderen Schule statt). „Eine bundesweite Vergleichbarkeit war dennoch gegeben. In allen Bundesländern stieg die Zahl der 1,0-Abiturienten deutlich an", so Piwarz.

Die rheinland-pfälzische Kultusministerin Stefanie Hubig (SPD) verwies darauf, dass sich das Notenmittel in ihrem Bundesland kaum verändert habe; in den Jahren 2019 bis 2021 habe es bei 2,49 und 2,48 gelegen. Allerdings hat sich der Anteil der Einserabiture auch in Rheinland-Pfalz von 1,3 Prozent in den Jahren 2020 und 2021 auf 2,4 Prozent im Jahr 2022 erhöht. Hubig kündigte an, dass sie trotz der rheinland-pfälzischen Sonderregelung – die Schulzeit dauert 12,5 statt 12 Jahre, es gibt dezentrale Prüfungen – bis zum Abitur 2024 und 2025 mehr Vergleichbarkeit anstrebe. *(Siehe Seite 4.)*

>>> FAZ, 08.02.2023

Pressespiegel

Inflation der Einserabiture

In den Corona-Jahrgängen war der Anteil sehr guter Noten auffällig hoch / *Von Heike Schmoll, Berlin*

Die beiden Corona-Jahre 2021 und 2022 haben zu einer Inflation der Einserabiture geführt. Allein in Sachsen hat sich die Zahl der Einserabiture im Jahr 2022 im Vergleich zum Jahr 2013 fast verfünffacht, in Bremen hat sie sich verdreifacht und in Thüringen verdoppelt. Dort war der Anteil der Einserabiturienten auch 2013 schon relativ hoch, weil Thüringen in der zehnten Klasse eine zentrale Prüfung der Mittleren Reife in Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache abnimmt, sodass ohnehin nur die Schüler in die gymnasiale Oberstufe gelangen, die in der zehnten Klasse den geforderten Notendurchschnitt von 2,0 erreicht oder eine Aufnahmeprüfung abgelegt haben.

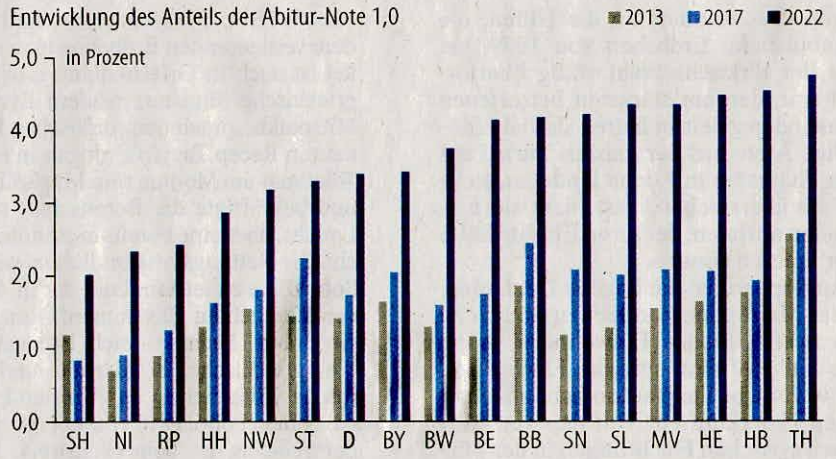
Die Kultusministerien waren den Abiturienten in den beiden Corona-Jahren weit entgegengekommen. In vielen Ländern wurden in der Qualifikationsphase Klausuren gestrichen, Abiturprüfungen nach hinten verschoben, sodass sich die Vorbereitungszeit erhöhte. Außerdem hatten die Prüflinge mehr Auswahl bei den Aufgaben. Hinzu kommt, dass gerade die Oberstufenschüler, die wissenschaftlichen Studien zufolge am wenigsten unter dem Distanzunterricht zu leiden hatten, auch dann unterrichtet wurden, als die Schulen geschlossen waren, und Präsenzunterrichtsangebote bekamen, als Grundschüler entweder keinen Unterricht oder unzureichenden Distanzunterricht hatten. Die Erleichterungen für die Abiturprüfungen wurden in allen Ländern wirksam, allerdings haben sie sich nicht in allen Ländern in einem derartigen Anstieg der Einserabiture gezeigt. Das gilt etwa für Schleswig-Holstein, wo sich der Anteil der Einserabiture im Vergleich zum Jahr 2013 nicht einmal verdoppelte, aber auch für andere Länder mit einem nicht so hohen Anteil von Einserabituren im Jahr 2013.

Nach den jüngsten Leistungsvergleichen rechnen Schulpraktiker nicht damit, dass mit der Vervielfachung der Bestnoten ein entsprechender Kompetenzzuwachs verbunden ist. Vielmehr verweist die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Susanne Lin-Klitzing, auf eine Änderung der Notenverordnung für die schriftliche Abiturprüfung im Jahre 2016, wonach Schüler schon 13 Punkte (1-) bekommen, wenn sie 85 Prozent der Anforderungen erfüllt haben. Die Bestnote 15 Punkte (1+) wird erreicht, wenn 95 Prozent der Anforderungen erreicht sind. Für die Mindestnote von fünf Punkten, die für das Bestehen einer Klausur erforderlich ist, müssen 45 Prozent der geforderten Leistung erfüllt werden und nicht 50 Prozent. Damit werden für weniger Leistung bessere Noten erteilt. Vor aller Vergleichbarkeit sorgt die Kultusministerkonferenz also selbst für eine Senkung der Ansprüche. Der Philologenverband dagegen fordert mehr Vergleichbarkeit auf höherem Niveau.

Das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) wünscht sich, dass die Kultusminister wirklich überprüfen, ob durch den Einsatz des sogenannten Aufgabenpools mit länderübergreifenden Aufgaben mehr Vergleichbarkeit erzielt wurde. Konkret geht es darum, ob die Fähigkeiten eines Einserabiturienten in Brandenburg und Baden-Württemberg wirklich vergleichbar sind.

Immer mehr Bestnoten

Entwicklung des Anteils der Abitur-Note 1,0



Quelle: KMK

F.A.Z.-Grafik niro.

thimm
Institut für Bildungs- und Karriereberatung

Pressespiegel
>>> FAZ, 08.02.2023

Der wundersame Intelligenzzuwachs

Von Heike Schmoll

Die neue Sechs ist eine Vier", so beschreiben Schulpraktiker die Verschiebung des gesamten Notengefüges in der Schule. Eine Zwei ist für die meisten Schüler schon keine gute Note mehr. Wer eine Drei bekommt, grämt sich, was aus seiner beruflichen Zukunft werden soll. Es gibt immer mehr Eltern, die bei einer vermeintlich zu schlechten Note mit dem Anwalt drohen. So mancher Lehrer vermeidet derlei Konflikte und gibt eine Gnaden-Drei, um der mühseligen Auseinandersetzung um Punkte und Nachweise aus dem Weg zu gehen.

Die coronabedingten Erleichterungen bei den Abiturprüfungen haben die Tendenz der vergangenen Jahre mit einer Vervielfachung der Einserabiture verstärkt. Wenn plötzlich bis zu fünf Prozent der Abiturienten die Hochschulreife mit der Bestnote 1,0 ablegen, muss es sich entweder um eine wundersame Vermehrung der Intelligenz und des Fleißes handeln oder um eine Senkung der Ansprüche. Alle Leistungsvergleiche der jüngsten Vergangenheit haben nicht etwa höhere Kompetenzen belegt, sondern das Gegenteil. Hochschullehrer berichten nicht von wachsender Studierfähigkeit, sondern von einer erstaunlichen Ahnungslosigkeit bei einer gleichzeitigen sprachlich-formalen Schwäche.

Die Noteninflation bei den Abituren spiegelt nicht die wahren Fähigkeiten der Oberstufenschüler. Hinzu kommt, dass die wirklichen Überflieger, die es immer noch gibt, nicht mehr adäquat bewertet werden. Wenn auch der Mitschüler mit nicht einmal hundertprozentiger Erfüllung der Anforderungen eine Eins plus bekommt, dann werden Leistungen durch ermäßigte Anforderungen eingeebnet. Die Kultusminister könnten das ändern, indem sie die Notenverordnung überarbeiten und die jetzt erreichte Vergleichbarkeit überprüfen lassen. Die Tosca-Studie für Mathematik und Englisch, die Abiturientenleistungen in Hamburg und Baden-Württemberg verglich, ist nur ein Beispiel für ein mögliches länderübergreifendes Testformat. Die Minister müssten es nur wollen.